

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verleger: Auer Verlag, Leipzig
Verantwortlich: Auer Verlag, Leipzig
Erscheinungsort: Leipzig

Verlagsgesellschaft für den Anzeiger
Verleger: Auer Verlag, Leipzig
Verantwortlich: Auer Verlag, Leipzig

Nr. 227

Donnerstag, den 28. September 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts über die Erhöhung des Preises für Umlagegebühren haben Meinungsverschiedenheiten geherrscht, die aber nicht für unüberbrückbar gehalten werden.

Der Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft beschloß, den Einfuhrzoll für Tabak von 80 auf 75 Mark zu erhöhen. Diese Zollserhöhung hat zur Voraussetzung, daß die Einfuhrsteuer auf Tabakerzeugnisse aufgehoben wird und daß Umlagerungen in der inneren Tabakerzeugung vermieden werden.

Nach Brüsseler Nachrichten beabsichtigt die belgische Regierung, die deutschen Sachwechsellieferanten in den Vereinigten Staaten, England und der Schweiz unterzubringen.

König Konstantin von Griechenland hat abgedankt, die Athener Regierung hat demissioniert.

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorläufig mit 1765.

Die große Abrüstungsdebatte in Genf.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am Dienstag hat sich nun auch die Vollversammlung des Völkerbundes in Genf mit der Abrüstungsfrage beschäftigt, die schon seit Wochen in der letzten Kommission eingehend behandelt worden ist. Bemerkenswert Neues hat die Aussprache in der Vollversammlung nicht mehr gebracht, der Kommissionsbericht und die vorgeschlagene Resolution wurden einfach gutgeheißen. Das war ja auch vorauszusetzen, nachdem Lord Robert Cecil (England-Sekretär) und Senator de Jouvenel (Frankreich) sich nach schweren Kämpfen hinter den Kulissen über eine Entschließung geeinigt und die Zustimmung Italiens, Belgiens und Japans dazu erhalten hatten. Immerhin haben die Reden der Hauptbeteiligten in der Vollversammlung noch einmal die Stimmungen der Ententevertreter in so helle Beleuchtung gerückt, daß eine Würdigung nicht ganz überflüssig sein dürfte. Das gilt ganz besonders für die Rede des Franzosen de Jouvenel.

Dieser äußerst geschickte Taktiker verstand es, in einer langen glänzenden Rede vor dem Forum der Weltvölker die französische Politik als die einzig berechtigte Kulturpolitik zu schildern und im Gegensatz zu ihr die deutsche Politik als typisches Beispiel einer abenteuerlichen Gewalt- und Eroberungspolitik darzustellen. Seit seiner nationalen Einigung habe Frankreich stets von einem Kontinent zum anderen zwischen den Kulturen vermittelt, und es sei daher auch während des Weltkrieges die Schutzgruppe für die Kultur gewesen und die Verkörperung des Rechts, der Fortschritt des Friedens. Frankreich habe den Krieg! Demgegenüber habe Deutschland von jeder Machtpolitik getrieben, von Bismarck an, der offen den Grundgedanken verkündet habe: Macht vor Recht! Aber Nietzsche (!) bis zu Hermann Göring mit seinem Bekenntnis vom Felsen Papier. Gegen solche Gewaltpolitik und ihre Folgeerscheinungen müßten durch den Völkerbund Garantien geschaffen und der Vorkämpfer der Kulturpolitik Frankreich müsse endlich einlaßt und abgelöst werden. Die Menschheit müsse Frankreich küssen: Frankreich, ich bin zur Stelle!

Daß diese äußerlich geistvolle, innerlich verlogene Darstellung der geschichtlichen Wahrheit glatt ins Gesicht schlägt, weiß in Deutschland jedes Kind. Weber hat sich Frankreich immer als kriegshässlicher Friedensengel bewährt (Ludwig XIV., Napoleon, Poincaré), nach ihm haben Bismarck und Bethmann-Hollweg je Eroberungspolitik getrieben. Nur vor historisch so wenig unterrichteten Zuhörern, wie sie der Völkerbund in Genf in seiner Mehrheit stellt, kann französische Redekunst mit derartigen nachhalligen Geschichtsbildungen Augenblinderfolge erzielen. Um so mehr ist es Pflicht der deutschen Presse, die historische Wahrheit und den guten Ruf des deutschen Volkes zu verteidigen, die beide in Genf einen Anwalt fanden.

Nur der englische Delegierte Biffers wagte eine ganz vorfichtige Kritik an der französischen Anschuldigung, indem er etwas spöttisch von der großen Vereinfachung des Herrn de Jouvenel sprach und (sarkastisch) zugab, daß die Barbaren aus dem Norden es mit dem lateinischen Charnie nicht aufnehmen könnten. Alle übrigen Diskussionsredner überboten sich aus in Schmei-

geleien für den Franzosen. Und dann kam die Abstimmung, die Einigkeit darüber ergab, daß die Reparationsfrage ausschließlich den interessierten Regierungen, zu denen Deutschland bekanntlich nicht gerechnet werden soll, solange vorbehalten bleiben müsse, bis diese selbst den Völkerbund anriefen, und daß der moralischen Wirkung die Lösung des Reparationsproblems und ein internationaler Schuldenausgleich vorgezogen müsse.

In seinem Schlußwort kam Biffers noch auf die Mitarbeit Deutschlands bei der Lösung der Schwierigkeiten zu sprechen. Die Wirtschaftskräfte der Welt können nicht ausschließlich durch die Alliierten behoben werden, sondern es bedürfe dazu auch notwendig der Mitarbeit Deutschlands. Und nun appellierte der englische Vertreter an die Vernunft der — deutschen Geschäftswelt, damit sie bei der Lösung der Schwierigkeiten mit helfe. Das sei um so dringender zu verlangen, als auch die Sicherheit und der Handel Deutschlands von einer befriedigenden Lösung des Reparationsproblems abhängig seien. Diese Ausführungen müssen in Deutschland eigenartig berühren. Sie klingen gerade so, als ob sich bisher Deutschland geweigert habe, zu einer befriedigenden Lösung mit beizutragen. Genau das Gegenteil ist doch richtig. Immer wieder hat — vergeblich — das deutsche Volk seine Mitarbeit am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs angeboten, immer wieder hat es praktische Erfüllungspolitik fast bis zum Bewußtsein getrieben. Die ungeheuren Kosten für alle möglichen Ententemissionen und für eine verschwenderische Besatzungsarmee hat es getragen, Holz- und Kohlenlieferungen bis zur Erschöpfung nach den Ententeditäten aufgebracht, Barzahlungen in Goldmillarden bis zur völligen Herrichtung seiner eigenen Währung und Wirtschaft geleistet. Selbst als es nach dem Zugeständnis der Reparationskommission nicht mehr in der Lage war, weitere Geldopfer zu bringen, hat es neue Sachleistungen übernommen und Wege ausfindig gemacht, die einen Ersatz der Barzahlungen durch sofort realisierbare Sachwechsellieferungen ermöglichten. Und da will jemand noch ernsthaft an die Vernunft der deutschen Geschäftswelt appellieren, daß sie sich endlich zur Mitarbeit an der Ueberwindung der Weltnot entschließen solle? Das muß fast wie blätiger Hohn in Deutschland wirken.

Der Völkerbund hat am Dienstag rednerische Kunstleistungen ersten Ranges über diejenigen Fragen zu Gehör gebracht, die gegenwärtig Schicksalsfragen für die ganze Welt bedeuten. Wer es ist nicht eine einzige praktische Lösung dabei zutage gefördert worden, und selbst die Hoffnung auf eine künftige rettende Tat des Völkerbundes erscheint kaum berechtigt. Nicht einmal eine Meinigung der Atmosphäre ist erzielt worden. Der Völkerbund hat sich vielmehr aufs neue und ausdrücklich als das bekannt, was er gegenwärtig ist: als ein willkürliches Werkzeug der Alliierten.

Umbildung der Reichsregierung?

Vor dem Austritt der Sozialisten aus dem Kabinett!

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben längst Besprechungen zwischen den eben geeinigten sozialistischen Parteien stattgefunden, die dahin gingen, aus der Reichsregierung auszutreten und die weitere Verantwortung den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Auch in Preußen wird eine Jurisdiktion der sozialistischen Minister geplant. Der Reichstag wird also vielleicht bereits Mitte Oktober vor die Ausgabe gestellt werden, eine neue Regierung zu bilden, und zwar eine rein bürgerliche, da die Deutsche Volkspartei unbedingt an ihrer Beteiligung an der Regierung festhält und die sozialistischen Parteien eine Beteiligung an einer Regierung mit der Deutschen Volkspartei zusammen ablehnen.

Angeblliche Reisengefahr wegen der Getreideumlage.

Über die Getreideumlage scheint sich im Kabinett eine Krise zu entspannen. Reichsernährungsminister Heß hat am Dienstag dem Kabinett eine Vorlage vorgelegt, die eine etwa 50prozentige Erhöhung der bisherigen Umlagepreise für Getreide vorseht. Die Dienstag nachmittag zur Beratung der Vorlage angelegte Kabinettsitzung ist jedoch vertagt worden, da von den sozialistischen Ministern eine Erörterung für zwecklos erklärt worden ist. Es soll nun versucht werden, auf Grund einer internen Besprechung zwischen den Ministern eine geeignete Basis zu schaffen. Es scheint, als wenn die angeblichen Äußerungen des Ministers Dr. Heß in München besonders den Widerstand des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers veranlassen. Gerade der Wirtschaftsmi-

nister hatte sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Augsburg auch in der Frage der Getreideumlage festgelegt und sich gegen jede Erhöhung der Preise ausgesprochen. Im übrigen wird im Reichsernährungsministerium erklärt, daß Dr. Heß auf keinen Fall bei der Tagung des bayerischen Bauernbundes mit seinem Rücktritt für den Fall gedroht habe, daß die Preise nicht entsprechend erhöht würden. Welche Situation sich allerdings für den Fall der Ablehnung der Vorlage ergeben wird, kann noch nicht gesagt werden.

Vorschlag der Naturalwertrente.

Am Sonnabend und Sonntag fand bekanntlich in Braunschweig eine Konferenz der der Deutschen Demokratischen Partei zugehörigen Minister des Reiches und der Länder statt. Ueber den Vorschlag, an Stelle der Reichseinkommen- und Vermögenssteuer und der Grundsteuer der Länder mit den Zuschlägen der Gemeinden von land- und forstwirtschaftlichem Kulturboden

eine Naturalwertrente zu erheben,

sprach der oldenburgische Ministerpräsident Lange. Er erklärte u. a., die Steuererhöhung erfolge gegenwärtig verspätet. Das mache den Ertrag des Reiches, der Länder und Gemeinden an der Steuer gering. Eine nach dem Wert des wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisses, des Brotgetreides, berechnete Naturalwertrente bringe erheblich höhere Erträge. Diese Steuererhöhung sei außerordentlich einfach. An dem Ertrag der Naturalwertrente müßten Reich, Länder und Gemeinden beteiligt sein. Diese Abgabe habe zur Folge, daß jeder Wirtschaftler von Boden einen über den Ertrag der festen Abgabe hinausgehenden Ertrag ungeschmälert für sich beanspruchen könne. Damit sei ein für allemal ein Streit um die Zwangsumlage oder freie Bewirtschaftung des Brotgetreides erledigt. Die Hauptbedenken, die gegen diese Naturalwertrente aufstießen, sind vor allem die Herausnahme des land- und forstwirtschaftlichen Kulturbodens aus dem jetzt für alle Einkommen und Vermögens geltenden gleichen Steuerrecht. Redner gab an Hand einiger Zahlen ein Bild über den Ertrag der Naturalwertrente. Der gesamte land- und forstwirtschaftliche Kulturboden Deutschlands betrage 42 859 880 Hektar. Eine Abgabe von zwei Doppelzentnern je Hektar, gerechnet den Durchschnittspreis des Brotgetreides für das Jahr 1920 mit je 700 Mark je Doppelzentner, würde einen Ertrag von 60 003 832 000 Mark ergeben haben, für 1921 bei 584 Mark je Doppelzentner Brotgetreidepreis 48 345 914 640 Mark, und für 1922 würde ein Brotgetreidepreis von 4000 Mark je Doppelzentner 342 878 400 000 Mark ergeben. Der Vorschlag wurde von den anwesenden Ministern einstimmig begrüßt. Er soll einer eingehenden Ausarbeitung unterzogen werden.

Ein Fall von Meuterei im Reichsheere.

Die rote Fahne läßt als Antwort auf die in Nürnberg vollzogene Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien alle Klünge der Agitation spielen, um von dem linken Flügel der Unabhängigen möglichst viel für sich einzufangen. Neuerdings hat sie sich nun ein neues Gebiet der Agitation ausgesucht: Die Polizei und die Reichswehr. Diesen Brüdern im Waffenrock widmet sie eine ganze Seite und zum Teilens dafür, daß die Bemühungen durchaus nicht ausbleiben sind, berichtet sie von einer Meuterei, die sich Anfang Juli in Bögen in Ostpreußen ereignet hat. Nach der Darstellung der roten Fahne sollen sich die Truppen dort vorbildlich revolutionär benommen haben. Wie von zufälliger Stelle dazu mitgeteilt wird, haben sich tatsächlich am 10. Juli in Bögen recht unerfreuliche Ereignisse abgespielt. Ein großer Teil des in Bögen liegenden dritten Bataillons des Regiments 2 zog nach einer Versammlung vor die Kasernen und verlangte die Absetzung der monarchistischen Offiziere und die Abschaffung von Feuerzuzulagen. Angesichts der entschlossenen Haltung der Vorgesetzten jedoch wurden sie sehr bald kleinlaut und ließen sich ohne Widerstand entwaffnen. Der recht befremdliche Vorfall ist tatsächlich auf starke politische Verhinderung zurückzuführen, die bei den Reichswehrsoldaten in dem recht wenig Unruhe regenden Ostpreußen auf empfindlichen Boden fiel. Dem Reichswehrministerium ist bekannt, daß seit dem Kaiserinmord eine außerordentlich starke politische Bewegung unter den Soldaten stattfindet. Der Fall ist also sicherlich nicht harmlos, wenn er sich natürlich auch nicht so abgespielt hat, wie die rote Fahne es aus erklärlichen Bedürfnissen heraus darstellt.

Wankende Throne.

Die Dinge verlaufen dahin, da fallen Monarchen. Es ist nicht mehr abzuwarten, daß der König von Serbien von Griechenland den Thronverzicht zu Gunsten seines Sohnes auszusprechen hat. Sein Ministerium ist zurückgetreten, und das Haus geht davon aus, daß es sich um einen politischen Zusammenbruch, dem der politische auf dem Fuße folgt. Man kann darum auch ganz sicher sein, daß die griechischen Generale sehr bald abberufen werden, von hinten erbeutet werden zu sein. Da das griechische Volk freilich ein solches Ereignis glauben würde, ist eine andere Frage. Die Krönung von Konstantin betreiben die Führer des Königs sehr mit Hochmut, aber der Thronerbe ist sich lange Mühen. Es ist sehr leicht möglich, daß er nicht nur Konstantin Thronverzicht, sondern auch die Abdankung der Dynastie verlangt. Einmal weniger ständisch ist der Rücktritt des türkischen Sultans. Er wird nur offiziell, wenn man in Betracht zieht, daß die Regierung von Konstantinopel geneigt gewesen ist, den Vertrag von Sevres zu unterzeichnen, während Kemal Pascha mit seiner Ablehnungspolitik Erfolg gehabt hat. Der Sultan stand mehr auf der Seite des Konstantinopeler Ministeriums, obwohl man gerechtfertigt zugeben muß, daß er nicht in der angenehmen Lage war, fern vom Schuß zu sein, wie die Minister in Angora. Aber er hat eben auf falsche Pferde gesetzt und so wird er dem Thronfolger Abdul Medschid Platz machen müssen, der wahrheitsgemäß die Vereinigung der beiden Regierungen dann in der Form vornimmt, daß er Kemal Pascha zum Großvezir macht.

Balkan-Gerichte.

Der Konflikt im Orient hat die Gefahr neuer Verwicklungen auf dem Balkan heraufbeschworen. Namentlich die Haltung Bulgariens und Serbiens rückt in den Vordergrund des Interesses, die beide eine neue Grenzlegung in Griechisch-Thrazien anstreben. Während Bulgariens Hoffen der durch den Weltkrieg verlorene Hafen Debragatz ist, will sich Serbien in Salonik einen Ausgang zum Ägäischen Meer schaffen. Diese Launen haben nun in den letzten Tagen allerlei Gerüchte aufzuwecken lassen, wonach es in Bulgarien bereits zu ernstlichen Unruhen gekommen sein sollte. Wir hatten die Wichtigkeit der Nachricht über Straßenkämpfe in Sofia, die nunmehr amtlich dementiert wird, von vornherein in Zweifel gezogen. Neuerdings werden Gerüchte aus Belgrad verbreitet, wonach der frühere Kronprinz Georg, der seinerzeit wegen seines weniger königlichen Verhaltens die Thronfolge seinem Bruder, dem jetzigen König Alexander, überlassen mußte, durch einen Staatsstreich der serbischen Militärpartei zum König ausgerufen worden sein soll. Auch diesmal dürfte es sich nur um ein Gerücht handeln; eine Bestätigung liegt jedenfalls noch nicht vor. Allerdings hätte sich die serbische Regierung erst kürzlich wieder veranlaßt gesehen, dem König auf die Untertreue des Prinzen Georg aufmerksam zu machen, gegen den man den Vorwurf erhebt, daß es den Sturz seines Bruders vorbereite, um sich selbst auf den Thron zu setzen. Das Kabinett Paris ist sogar noch weiter gegangen, indem es den Prinzen Georg aufforderte, die Hauptstadt Belgrad zu verlassen und sich in ein Schloss in der Nähe von Niß zu begeben. Wie es nun heißt, soll sich Prinz Georg geweigert haben, diesem Befehl nachzukommen. Wahrscheinlich wird König Alexander, der sich augenblicklich auf der Rückreise aus Paris befindet, die Vermittlung in diesem Konflikt zwischen der Regierung und dem ungehorsamen Prinzen übernehmen.

Montenegrinische Palastrevolution.

In das noch immer bestehende montenegrinische Genesalkonsulat drang am Dienstag der frühere montenegrinische Ministerpräsident Pamenag mit 20 be-

waffneten Montenegroern ein, eroberte die Königin Wilhelmine für abgesetzt und eroberte sich selbst zum Selbstkönig von Montenegro. Die Königin protestierte energisch und erklärte, daß ihre Krone nicht abhande.

Dieser Staatsstreich hat nur wenig Bedeutung, da das Königreich Montenegro seit dem Weltkrieg als selbständiger Staat zu bestehen aufgehört hat und im Königreich Jugoslawien aufgegangen ist.

Kleine politische Meldungen.

Ergebnis Empfindung des Volkes. In der Wahl in der Oberpfalz am 18. November. Die Gründe dieser Erregung sind aus dem Besonderen allein nicht zu erklären. Die Spekulation muß wieder am Werke sein. Daher ist dieser ein Mittel noch nicht gefunden, um Folge an Landesparlament greifende Spekulationen unmöglich zu machen.

Wahltagungen im deutschen Oberpfalz. Die Wahlen zum Reichstag in dem deutsch gebildeten Teile von Oberpfalz werden am 18. November stattfinden. An demselben Sonntag werden auch die Wahlen zum preussischen Landtag und die Provinzialparlamentwahlen stattfinden.

Die Wahlen im deutschen Oberpfalz. Die Wahlen zum Reichstag in dem deutsch gebildeten Teile von Oberpfalz haben, so weit man die jetzt übersehen kann, der Sozialistische einen großen Erfolg gebracht, sie wird fast ebenso viele Mandate erringen, wie die Regierungsparteien. Trotz der tendenziösen Wahlkreisinteilung, trotz des Terrors, trotz der Umwandlung zahlreicher Deutscher, trotzdem politische Verhältnisse viele Deutsche an der Wahl hinderten, werden sie mindestens 15 Sitze erringen.

Ein neues deutsch-französisches Industrieabkommen. Jonnee Industrielle berichtet, daß zwischen Hugo Stinnes und dem französischen Großindustriellen Jules Bernard in einer Reihe von Zusammenkünften eine Verständigung vereinbart worden sei, die während der bevorstehenden Reise der deutschen Großindustriellen nach Frankreich perfekt werden soll. Ueber den Inhalt der Abmachungen ist noch nichts genaues bekannt. Nach dem Journee Industrielle soll die Befreiung der lothringischen Häfenwerke mit Kohlen und als Gegenleistung der Austausch von lothringischen Eisen- und Stahlfabrikaten an die Walzwerke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zu Vorzugsbedingungen vertraglich sichergestellt werden. Den Deutschen soll außerdem eine Kapitalbeteiligung von einem Viertel an großen lothringischen Häfenwerken eingeräumt werden.

Die Konferenz von Brüssel. Ueber das Datum der Einberufung der Konferenz von Brüssel ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Theunis will, bevor es zu einer Entscheidung kommt, versuchen, mit allen Mitteln alle Sicherheiten für eine erfolgreiche Konferenz zu erreichen. Andererseits wird mitgeteilt, daß die belgische Regierung zu den verschiedenen auswärtigen Staaten in Beziehung getreten ist, um die deutschen Schatzscheine diskontieren zu lassen. Man hofft, zu einer zufriedenstellenden Lösung noch bis Ende dieser Woche gelangen zu können.

Die geeinte Sozialdemokratie. Gestern mittag fand die erste gemeinschaftliche Fraktionsitzung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands im preussischen Landtag statt. Die Fraktionsvorsitzenden Limberts und Leib drückten in Ansprachen die Hoffnung auf ein treues und geistliches Zusammenarbeiten aus.

Die Partei Ledebour. Ledebour und seine Anhänger teilen in einem Flugblatt mit, daß sie eine Partei konstituiert haben, um die unabhängige sozialdemokratische Partei aufrecht zu erhalten. Vorsitzende der Partei sind Ledebour und Theodor Liebschacht. Ledebour kündigt für Anfang Oktober das Erscheinen einer Wochenzeitung an, die sich Der Kampfkampf nennt und deren Chefredakteur er ist.

Frankreich lobt Bismarcks Politik. Das Buch Wilhelm des Zweiten wird in der französischen Presse viel ausgiebiger besprochen, als in Deutschland. Die Zeitungen der Antikommunisten darüber, welche Bedeutung dem Buch eines Wagners beigelegt werde, dem vor 8 Jahren noch der Prolog gemacht werden sollte. Nicht interessant ist die Feststellung in diesen Blättern, daß Bismarck, der ihnen bisher als der Gemächlichkeit und der Mann von Blut und Eisen galt, eine friedliche und antimperialistische Politik getrieben habe. Diese Behauptung ist natürlich nicht nur aus Liebe zur historischen Wahrheit erfolgt. Die Politik Bismarcks wird vielmehr gelobt, um sie der imperialistischen Politik nicht nur des ehemaligen deutschen Kaisers, sondern auch der der jetzigen Reichshaber in Frankreich rühmend gegenüber zu stellen.

Die französische Regierung ist bei der sächsischen Regierung wegen der Grenzsperrung vorstellig geworden. Sie fordert eine wesentliche Erleichterung des Grenzverkehrs, bezieht sich aber die scharfe Behandlung der Passanten, trägt die Gefahr, die an vielen Stellen vorgekommen sind und stellt Maßnahmen der sächsischen Regierung in Aussicht. Die Verhandlungen, die zwischen Prag-Dresden schweben, sind schwieriger Natur, da die sächsischen Regierung bei dem Stand der sächsischen Krone nicht auf nachgeben kann, will sie nicht den Ausverkauf Sachsens fördern. Trotz scharfer Kontrolle und Grenzsperrung blüht der Ausverkauf noch immer. Der Schmuggel wird in letzter Zeit nicht so sehr von Passanten, sondern mehr von organisierten Schmugglerbänden ausgeht, die allerdings auf sächsischer Seite ihre Helfer haben. Unter diesen Schmugglern sind gefährliche Burken, wie die Bluttat am dem Grenzbeamten Hegenbald zeigt. Die Gefahr von Erpressen wird dadurch vergrößert, daß die Bevölkerung der sächsischen Grenzorte wegen der Verschleppung von Lebensmitteln in immer größerer Erregung gerät, ist es doch so weit gekommen, daß in einzelnen Grenzorten das Brot fehlt. Die Selbsthilfe, die von Arbeitern durch einen freiwilligen Grenzdienst getroffen wurde, hat an vereinzelten Grenzstellen den Schmuggel zwar erschwert, aber auch die Möglichkeit blutiger Zusammenstöße vergrößert. Die sächsischen Regierung, die die Vollzüge Sachsens nicht verkennt, wendet sich gegen diese Selbsthilfe und hauptsächlich auch gegen die nach ihrer Meinung rigorose Beschlagnahme von Waren, die nicht geschmuggelt, sondern ordnungsgemäß an den Übergangsstellen verzollt werden sollen. Der Standpunkt der sächsischen Regierung, daß es sich bei diesen Warentransporten um unbedeutende Ausfuhr handle, wird in Prag nicht geteilt.

Der internationale demographische Kongress wurde in Wien eröffnet. Die Vertreter aus 18 verschiedenen Staaten sind dazu erschienen. Die französische Delegation wird von dem Diplomaten Raymond Sarrailh geleitet, der aber dem nationalen Standpunkt treu bleibt, hat aber durch eine scharfe Intervention gegen die sächsischen Politik dem Kongress einen Impuls gegeben. Die deutsche Delegation wird u. a. von Grafen in Berlin geleitet, der Präsident des Nationalrats Reichardt, der Präsident der sächsischen Reichstagsabgeordneten Delegationen Reichardt, die die Delegationen der Reichstagsabgeordneten Delegationen leiten.

Frankreichs Kolonialpolitik. Bei dem demnächstigen Zusammentritt des französischen Parlaments wird eine Interpellation gegen den früheren Gouverneur von Französisch-Kamerun, Alfred Langoulet, eingebracht werden. Langoulet erhielt diesen Posten während des Krieges, nachdem sein Vorgänger sich geweigert hatte, Bestallung für die Kamerun-Kolonie Frankreichs zu erteilen. Es wird ihm vorgeworfen, daß er sich ungünstigen großen Einflüssen habe begeben lassen. Eine solche Illustration zu der Begründung des Versailles-Vertrages Deutschland keine Kolonien nicht verwalten, sie müssen ihm daher fortgenommen werden.

Kredit in Oesterreich. Wie in unrichtigen Stellen verlautet, hat sich England, dessen Antwort bisher noch ausbleibt, nunmehr bereit erklärt, die Rückzahlung für 20 Millionen in der Oesterreich zu gewährenden Anleihe zu übernehmen. Man glaubt, daß nun auch die Antwort Italiens im günstigsten Sinne ausfallen werde.

Von Stadt und Land.

Am 22. September 1922.

Die tschechische Regierung gegen die Grenzsperrung.

Die tschechische Regierung ist bei der sächsischen Regierung wegen der Grenzsperrung vorstellig geworden. Sie fordert eine wesentliche Erleichterung des Grenzverkehrs, bezieht sich aber die scharfe Behandlung der Passanten, trägt die Gefahr, die an vielen Stellen vorgekommen sind und stellt Maßnahmen der sächsischen Regierung in Aussicht. Die Verhandlungen, die zwischen Prag-Dresden schweben, sind schwieriger Natur, da die sächsischen Regierung bei dem Stand der sächsischen Krone nicht auf nachgeben kann, will sie nicht den Ausverkauf Sachsens fördern. Trotz scharfer Kontrolle und Grenzsperrung blüht der Ausverkauf noch immer. Der Schmuggel wird in letzter Zeit nicht so sehr von Passanten, sondern mehr von organisierten Schmugglerbänden ausgeht, die allerdings auf sächsischer Seite ihre Helfer haben. Unter diesen Schmugglern sind gefährliche Burken, wie die Bluttat am dem Grenzbeamten Hegenbald zeigt. Die Gefahr von Erpressen wird dadurch vergrößert, daß die Bevölkerung der sächsischen Grenzorte wegen der Verschleppung von Lebensmitteln in immer größerer Erregung gerät, ist es doch so weit gekommen, daß in einzelnen Grenzorten das Brot fehlt. Die Selbsthilfe, die von Arbeitern durch einen freiwilligen Grenzdienst getroffen wurde, hat an vereinzelten Grenzstellen den Schmuggel zwar erschwert, aber auch die Möglichkeit blutiger Zusammenstöße vergrößert. Die sächsischen Regierung, die die Vollzüge Sachsens nicht verkennt, wendet sich gegen diese Selbsthilfe und hauptsächlich auch gegen die nach ihrer Meinung rigorose Beschlagnahme von Waren, die nicht geschmuggelt, sondern ordnungsgemäß an den Übergangsstellen verzollt werden sollen. Der Standpunkt der sächsischen Regierung, daß es sich bei diesen Warentransporten um unbedeutende Ausfuhr handle, wird in Prag nicht geteilt.

Zum Minister Dr. Böhm aus der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet die letztere folgende Mitteilung: Wegen anderweitiger Verwendung in der Staatskanzlei ist vom 1. Oktober d. J. ab Oberregierungsrat Dr. Böhm nicht mehr Pressereferent. Die Nachrichtenstelle wird dann aus dem bisher in ihr tätigen journalistisch vorgebildeten Mitarbeitern bestehen. Aufträge zur Information der Presse erhalten diese Mitarbeiter — unbeschadet ihrer Eingliederung in die Staatskanzlei — unmittelbar durch den Ministerpräsidenten.

Baroness Claire.

Original-Roman von M. Herzberg.
Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.
(10. Fortsetzung.)

Nach ihren langen bitteren Erfahrungen und Entbehrungen nun plötzlich hier in dieser reichen Umgebung von warmem, behaglichen Luxus, unter dem Einfluß des ungewohnten feurigen Weins, gegenüber einem schönen und weitgewandten Cavalier, der sie mit feinsten Süßigkeiten umgab und dessen Worte eine sorglose Unbekümmertheit, eine leichte Weltanschauung, eine sprühende Lebenslust verrieten, die sie, die Leberernste, Schwermühsamkeit, durch den Reiz des Gegenstandes doppelt gefangen nahm, schloß sich das in abgelebener Strafkammer erzeugte, weltfremde Wandbild wie in einem tiefen Rauche.

Und wie diese Wandlung ihren Reiz erhöhte! Er konnte sich nicht satt sehen an ihrer Schönheit. Verhoffentlich studierte er die reinen Linien ihres Profils, die rauen, goldenen Locken, die das stolze, kleine Ohr, den festen weißen Hals umschmühen. Er, der schon Blätter, Goldstücke, erschauerte sah, wenn der Blick der dunklen Augen ihn walt und plötzlich traf und mit eigentümlichem Hauch berührte ihn ihr weiches, außerordentlich malvolles Organ. Diese schöne Frau hatte schon seinen Weg getreut und ihn gewandelt, aber noch war ihm keine Begegnung, die, wie diese, feuchte Lieblichkeit und hoffentlich Unabwendbarkeit bewirkte.

„Was, Osea und Adrobie in einer Person!“ dachte er, wärmer und wärmer für dies blendend schöne junge Geschöpf ergötend. Wie war sie, die augenblicklich dieser Familie entstammte, allein in dieses gesellschaftliche Babel Berlin, in eine solche Lage gekommen? Wieviel heißer noch wäre es für sie entflammend, hätte er gewußt, daß auch er ihr wehelt. Schlang, doch gewachsen, so bald, so bald, konnte es wohl sein

den typischen schönen Mann gelten. Aber mehr noch als sein Aussehen machte sein Wesen, seine ganze Aufmerksamkeit auf Claire Eindruck. Sich Gegenstand so ritterlicher Fürsorge zu wissen, erhöhte in ihr das Gefühl des Geborgenseins in seiner Nähe und Schmachtelie ihrem Selbstgefühl und ihrem Weibbewußtsein.

So hatte er sie wirklich allmählich in eine hellere Stimmung zu bringen gewußt. Er freute sich über den erhöhten Glanz der dunklen Augen, die ihm nun erst so recht ihren wundervollen Kontrast zu der im letzten Dichte förmlich leuchtenden goldenen Haarkrone offenbarten. Auf ihren blauen Wangen lag ein feines Rot, und die Lippen hatten ein selbstvergeßenes Lächeln angezogen, nie gekannter Lebensfreude.

Hinterher, bedächtig schön, lachte ihn ihr Blick aus seiner so lange tapfer behaupteten Selbstbeherrschung. Er neigte sich plötzlich auf die Knie, ihm verführerisch nahe Hand und drückte einen heißen Kuss darauf. Mit heftigem Geschreien zog Claire sie zurück. In ihre Augen kam sofort ein strafender, abweisender Ausdruck.

„Denken Sie, bitte, nicht schlecht von mir!“ beschwichtigte er sie rasch. „In dem lebhaften Bewußt meiner Dankbarkeit für Ihre Gegenwart hier, vergab ich mich. Vergessen Sie mich.“

Claire gab keine Antwort, sondern machte Miene, sich zu erheben, um zu gehen. Sie war aus ihrem Traum erwacht.

„Einen Augenblick noch! Denken Sie mir Geduld!“ dat er bringend. „Ich beweise ein großes Verlangen, ein unabhängiges Leben, für die ich Ihnen gegenüber nur über die rechten Worte finden kann, denn ich möchte Sie um die Welt nicht verlieren.“

„Ich möchte eine kleine Pause und fuhr dann fort: „Lassen Sie mich Ihre Freundin sein, Freundin in dem Wortes reinster, edelster Bedeutung. Geben Sie mir als solchen das Recht, Ihnen über die leidigen Differenzen

des Daseins hinwegzuhelfen! Lassen Sie mich hoffen, daß Sie unter dem Eindruck dieser Stunde, die uns beide einander doch ein wenig näher gebracht hat, mit dem heißen Wunsch nicht abschlagen werden, Ihnen — wie soll ich mich ausdrücken, ohne Sie zu beleidigen! — helfen Sie mir doch selbst darauf, mein Ziel zu erreichen!“

„Wer sagt Ihnen, daß ich der Hilfe bedarf?“ fuhr Claire hochmütig und tief erregt auf. „Weshalb darauf bereue ich Ihre Festigkeit. Ich brauche nichts, wirklich nichts!“ meinte sie ruhiger und stand auf.

„Auch eine Dame der besten Gesellschaft, und das sind Sie sicherlich, kann unverschämte in Bedrängnis geraten und für solche grade ist das doppelt hart, doppelt gefährlich!“ entgegnete er leise, ohne sie anzusehen, indem er sich gleichfalls erhob.

„Ich danke Ihnen herzlich für Ihre gute Absicht.“ sagte sie daher freundlich. „Sie begreifen, daß ich Ihnen nicht noch mehr verpflichten will.“

„Ich danke Ihnen.“ sagte sie. „Ich danke Ihnen.“

„Nein, nein.“ beharrte sie lebhaft. „Ich darf nicht annehmen, ohne Aussicht zu haben, zurückzahlen; und diese Aussicht besteht jetzt nicht!“

„Sie müssen insgeheim lächeln über den Widerspruch dieses Kindes. Es besitzt die ihre Bedürftigkeit und dann gelang sie ihm Unvermögen zu, sich zurückzahlen.“

„Ich muß jetzt gehen!“ sagte sie. „Ich danke Ihnen sehr!“

„Komm mit!“ schrie er, er, in ihren Hals und schloß sie und dabei unmerklich einen kleinen Gegenstand in dessen Tasche stecken lassend. „Und wann darf ich Sie wiedersehen?“ fragte er bittend.

(Fortsetzung folgt.)

Wiederholungsleistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt...

Die Reichsregierung beginnt am morgigen Freitag mit...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Wiederholungsleistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt...

Die Reichsregierung beginnt am morgigen Freitag mit...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Wiederholungsleistungen zu einem bestimmten Zeitpunkt...

Die Reichsregierung beginnt am morgigen Freitag mit...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Die Reichsregierung hat am 27. September...

Letzte Drahtnachrichten.

Beschlüsse der Reparationskommission.

Berlin, 28. September. Nach telegraphischer Mitteilung...

Maßnahmen gegen die Notlage der Presse.

Berlin, 28. September. Der Reichstagsausschuss...

Arbeiterbewegung.

Berlin, 28. September. Wie die Blätter hören, sind die...

Wirtschaftliche Demonstration in Prag.

Berlin, 28. September. Laut einer Meldung der Prager...

Die Lage auf dem Wallen.

Berlin, 28. September. Wie die Agence Havas aus...

Reine Drahtnachrichten.

Berlin, 28. September. Wie die Blätter erfahren, wird...

Berlin, 28. September. Der russische Volkskommissar...

Berlin, 28. September. Der Generalrat der Verlagsgesellschaft...

Jahresbericht, 28. September. Nach einer Mitteilung...

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kriehob. Druck und Verlag...

Advertisement for Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, featuring a large logo and descriptive text.

Es wird wie in Oesterreich.

So pflegt man bei uns zu sagen, wenn eine neue Preiswelle heranflutet und die Gemüter der Familienmütter und Hausfrauen mit danger Sorge erfüllt. Sind solche Befürchtungen gerechtfertigt, oder sieht es bei unserm Stande noch schlimmer aus als bei uns? Wer diesen Sommer in den schönen, einst so billigen Ostseebädern oder Salzburger Erholung suchte, wird die Antwort auf diese Frage wissen. Die biedereren Reichsdeutschen, die auf Grund der neuen Ueberlegung, 1 Mark = 50 Kronen, in der Meinung nach Oesterreich reisten, sie könnten dort auch einmal als kalutaktische Ausländer auftreten, sind allerdings grausam enttäuscht worden.

Noch viel trasser als hierzulande sind drüben die Preise ganz einseitig auf Dollar und Franken zugeschnitten, und dem Alpenwanderer, der aus dem billigen Bayern nach Tirol hinüberschleift, stehen vor Schreck die Haare zu Berge, wenn er mit ängstlichem Blick die erste österreichische Speisestube überhaut. Schon vor drei Wochen, als man in München noch für 50 Mark ein solches Fleischgericht erhielt, und für 100 Mark eine Kalbsaxe, die im Sachsenlande drei Portionen abgeben würde, mußte man in Oesterreich selbst in beschriebenen Gaststätten für das einfache Fleischgericht 8000 bis 10000 Kronen, also das Doppelte und Dreifache bezahlen. Und vollends die Bierpreise, die in Bayern für den alkoholethwöhnten Norddeutschen eine beständige Quelle neuen Entzückens bilden! In München zahlte man bis zum 1. September für den liter köstlichen Vollbieres 18 bis 20 Mark, in Oesterreich hingegen für dasselbe Quantum milderer Qualität 3600 Kronen = 72 Mark.

Das sind die Normalpreise, in teureren Gasthöfen mit bevorzugter Lage muß man das Doppelte und noch mehr anlegen. Welt man z. B. in dem schönen, aber besonders gepfefferten Zell am See und will von dort aus das beliebte Glanzstück der Tauern, den gleichermächtig geschlossenen Moserboden besuchen, so kann man sich, wenn man ein englischer Hausmeyer — diese Spezies ist jetzt in den österreichischen Alpen eine ebenso häufige wie unangenehme Erscheinung — oder ein ähnlicher Valutaathlet ist, im Autobus zum Kesselfall und dann im Sesselwagen hinauf zum Moserboden fahren lassen; dieser Spaß kostet für eine Person 100000 Kronen oder etwa 6 Schillinge! Ein deutscher Tourist klimmt natürlich im Schwelge seines Angesichts zu Fuß hinauf: oben im Moserbodenhotel kann er immer noch genug Haare lassen. Da kostete z. B. (vor drei Wochen!) ein halbes Hühnchen 22000 Kronen = 450 Mark, eine Flasche Bier 4000 Kronen = 80 Mark, eine dünne Scheibe trockenes Brot 600 Kronen = 12 Mark usw. Kein Wunder, daß sich das Gespräch an solchen Tischen, wo Deutsche zusammensaßen, nur darum drehte, wie man diesem Hexentessel am schnellsten entfliehen könnte. Und als vollends vor einigen Wochen die Mark den großen Sturz erlitt, den die Krone nicht gleich mitmachte,

da lagte eine wahre Flut der Reichsdeutschen aus Tirol ein, hinüber in das gelagerte Land der Dampfräder und Weidwarte. Uebrigens sind in Oesterreich nicht allein die Lebensmittel fast unerreichbar, sondern Aisbahrung und Schuhwaren z. B. sind fast noch teurer. Ein Paar Damenhalbschuhe, so wie man sie bei uns vor drei Wochen noch fast geschenkt für 1000 Mark bekam, kosteten damals in Salzburg schon 280000 Kronen, also etwa 5600 Mark!

Man sieht aus alledem, daß es im Deutschen Reich doch immer noch besser steht als im Lande unserer österreichischen Brüder, und wenn man die Verhältnisse haben und haben und befangen prüft, kommt man zu dem Ergebnis, daß die wirtschaftlichen Unterschiede für eine absehbare Zukunft wohl bestehen bleiben werden. Womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß wir darauf irgendwie stolz sein könnten, denn unsere Lage ist gerade schlimm genug.

Der Berliner Kinostreik.

Aus Berlin wird dem Auer Tagblatt geschrieben: Noch liegen die Berliner Kinobühnen wie ausgestorben in der langen, nächtlich dunklen Straßensilbe. Aber der Streik ist im Abbrüche begriffen. Auf beiden Seiten herrscht der gute Wille, die Streitfrage zu begraben und nachzugeben, denn schließlich ist jeder Streik vom Uebel und der Kinostreik macht dabei keine Ausnahme. Die Stadtverwaltung Berlin ist den streikenden Kinobesitzern entgegengekommen und hat die Lustbarkeitssteuer betragsmäßig herabgesetzt. Man sagte im Roten Haus am Alexanderplatz mit Recht, daß irgend etwas geschehen müsse, und daß es töricht sei, den Streik zu einer Kraftprobe auszubehnen. Freilich, der Kinostreik wird in der Öffentlichkeit weniger hemmend empfunden, als ein Streik der Elektrikalis- oder Gasarbeiter. Aber der leidende Stadtsäckel merkt auch diesen Streik empfindlich, denn es sind Millionen an Steuern, die der geldbedürftigen Stadt Berlin in den wenigen Tagen des Streikes verloren gehen. Die Verlustsumme schwilt noch an, wenn man bedenkt, daß die Elektrizitätswerke Hunderte ihrer besten Abnehmer verloren haben, daß Plakatdruckerien und Zeitungen darunter leiden, und daß schließlich weit über 8000 Angestellte brotlos geworden sind und der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung anheim gefallen sind. Aber so schnell waren die Kinobesitzer nicht zum Nachgeben bereit. Sie wollen die Sicherheit haben, daß ihnen der Magistrat in seiner endlosen Umschau nach neuen Steuerquellen nicht das Mark aus den Knochen saugt und sie nicht ausschließlich zu städtischen Steuererhebungen degradiert. Das ist ja der Nachteil aller überhöhten Steuern, sie drücken auf die Produktion, lähmen den Geschäftsgang und verstopfen selbst die ergiebigsten Steuerquellen.

Was das Kino im öffentlichen Leben einer Stadt wie Berlin bedeutet, das lehrt am besten ein Gang durch die abendlichen Großstadtstraßen. Sie sind vielfach wie ausgestorben und haben ein ganz ungewohntes ruhiges Gesicht aufgesetzt. Wenn sonst um 10 Uhr die Lichtspielbühnen ihre Pforten schlossen, dann ergoß sich noch einmal ein Menschenstrom durch die Straßen. Hell leuchteten die Lichtreklamen in die finstere

Welt und beluden das erregende Bild des Verkehrs. Das Kino ist in längst über den Rahmen einer Unterhaltungs- und Unterhaltungsmittelbestimmung hinausgeritten. Es ist zu dem Leben, eine Art Kulturbühnen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu werden, ein Weg allerdings, dessen Ende noch in weiter Ferne liegt. Immerhin! Kouriers und Korrespondenten strömen täglich in die Kinos, Wohlbekanntes und Neues, Gebildete und weniger Gebildete, Hauptstädte und Unterhaltungsbedürftige. Das Kino ist der Korymbus der kulturellen Volkserziehung geworden; den Reizpunkt des kulturellen Filmwerkes hat es schon längst verloren, das Obitium des kulturellen Vorstadtschulung hat ihm nicht mehr an. Wer heute die vornehmen, prunkvollen Berliner Kinobühnen betritt und ihre Eintrittspreise (von 50 bis 100 Mark) näher betrachtet, der wird sofort darüber belehrt, daß dies nicht nur die Großen der arbeitenden Bevölkerung die Kraft füllen können.

In der Tat ist die Filmentwicklung der letzten Jahre unvorhergesehen vorangeschritten. Der Persepolis des Kinos aus Kollisionsfragen und Unklarheiten zusammen geworfen, hat abgewirkt. Die Filmfabrikation hat sich stärkeren Stoffen gewandt und schreift heute vielfach aus den reichen Quellen der Literatur und Geschichte. Ein Stadtherrlicher Schauspieler hat auch die Darstellung auf eine künstlerische Höhe gehoben, und das überlegene Können und die Reife der Kinogemüter darf als überwunden gelten. Der altbekannte Theaterbetrieb ist allmählich eine Kinobühnenarbeit an die Seite getreten, die es der Zukunft erst recht zur Pflicht macht, ihrer hohen Kulturaufgaben eingedenk zu sein.

Die Berliner Lichtspielbühnen sind im Augenblick noch geschlossen. Aber ewig wird der Streik nicht dauern; beide Parteien drängen auf Beilegung der Meinungsverschiedenheiten und sind zum Nachgeben bereit. Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Lichtspielhäuser und Filmstudios mit dem Magistrat dauern an, so daß ein friedlicher Ausstieg nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkehr im Wohnungsamt Aue.

Das Wohnungsamt ist während der üblichen Geschäftsstunden von jetzt ab für den Publikumsverkehr nur in solchen Fällen geöffnet, in denen Anträge auf Eintragung als Wohnungssuchende und Anmeldung freiverdender Wohnungen durch den Vermieter erfolgen. Im übrigen wird der Zutritt nur gegen Vorzeigung einer schriftlichen Vorladung, falls sie sich nötig machen sollte, gestattet. Die bisher eingeführt gewesenen Sprechstunden werden aufgehoben. Aue, am 27. September 1922. Der Rat der Stadt — Wohnungsamt.

Aue. Gebühren des Schornsteinfegers.

Vom 1. Oktober 1922 ab ist der Zuschlag zu den Schornsteinfeger-Grundlöhnen von bisher 600 Prozent auf 1400 u. D. erhöht worden. Aue, am 25. September 1922. Der Rat der Stadt.

Dixin das dankbare Seifenpulver. Ist sparsam im Gebrauch und billig. ALLEINIGER HERSTELLER: MENKEL & Co., DUSSELDORF.

Olga Chladek Dagobert Gunkel Großkaufmann geben nur hierdurch ihre am 17. September 1922 stattgefundenen VERLOBUNG, im Namen beider Eltern, bekannt. Leipzig-Lindenau, den 27. September 1922. (Calveustraße 1 u. Albertstr. 45)

Dr. med. W. Naundorff, prakt. Arzt (Homöopath) hält ab 2. Oktober in Dresden-Neust. Dreikönigs-Kirche 1, Ecke Hauptstr. werktags 10-2 Uhr Sprechst. ab (Privatwohnung: Blasewitz, Elchstr. 6. Tel. 30060.)

Modernste Damen-Hüte in großer Auswahl Etagen-Putzgeschäft Frida Schulze, Ernst-Papel-Str. Nr. 6, 2 Treppen.

Neu! Die Neu! Nestle-Dauerwelle, das angenehme, volle, natürliche kräuselt und waschbare Friseur sehr günstig. — — — Cirka ein Jahr haltbar. W. Müller, Aue, Schönberger Str. 24.

Ernst Korbinsky, Schuhhaus, Reichstr. 12. Schuhwaren in nur besten, erstklassigen Qualitäten für Herren, Damen und Kinder. Meine Angebote sind bei Zugrundelegung der heutigen Lederpreise noch außerordentlich günstig.

Kopfhärwässer in großer Auswahl empfiehlt preiswert Stern & Gauger Röhre u. Verdrängfabrik, Aue Wettinstraße 48, am Wettinplatz. Herz-Murmel (Kragen und Ruff) für 12000 Mark zu verkaufen. Näheres im Auer Tagblatt. Ein früherer Transport prima

Rasse-Ferkel steht zum Verkauf Kuerhammer-Str. 22.

Apollo-Lichtspiele Aue Lichtspielhaus ersten Ranges Bahnhofstraße 17. Freitag bis Sonntag! Nur 3 Tage! „Der Eid des Stephan Hüller“ Nach dem Roman von Felix Holländer. 2. Teil! 6 Akte! Hauptdarsteller: Marija Reiso, Karl de Vogt, Alexander Arsch, Josef Peterhans. Außerdem der zweiteilige Sensations-Film „Die weiße Slavine“ 1. Teil! Zwei Eide. 1. Teil! Ein Abenteuer in 6 Akten. Hauptrollen: Evi Eva, Helmut Goetz. Täglich Anfang 8 Uhr, letzte Vorstellung gegen 9 Uhr.

„Stadtkapelle“ Aue. Freitag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Bürgergartensaal unter gütiger Mitwirkung der Dramatischen-Gesellschaft „Das Winzerlied“. Operette in 3 Akten von G. Mecke. Vorverkauf in den Geschäften v. Müller u. Borenz.

Freibant Schlachthof Aue Morgen Freitag nachmittag von 1/4-1/2 Uhr Verkauf von minderwertigem Fleisch.

Matthes Kirchweihstoffs empfehle lebende Karpfen und Schleien, nette Gänse u. Enten, frischgesch. Waldhasen Paul Matthes, Fisch-, Wild- und Geflügelhdlg. — Fernsprecher 272. —

Laufend., hohes Einkommen bietet sich strebsamen Herrn auch nebenberuflich durch Uebernahme einer Geschäftsstelle alter bestellungsgeführter Versicherungs-Gesellschaft. Sehr geeignet für Kleinrentner, pension. Beamte und Offiziere, die ihr Einkommen erhöhen wollen und gute Beziehungen an Handel, Industrie und Landwirtschaft haben. Die Besorgung des Anlasses kann evtl. mit übertragen werden. Angebote an die Bezirksverwaltung für Sachsen, Leipzig, Hardenbergstraße 32.

Achtung! Achtung! Wer bezahlt die höchsten Preise für Lumpen, Papier, Flaschen, Alt-Eisen und Metalle? Richard Spiegel, Aue, Kuerhammerstraße 20.

Deftationen sind: Gutsverwaltung von Dr. Wilking, Albin Rudolf, Rehrerstraße, B. Grimm, Rehrerstr. NB. Bei P. Gider, Bodauer Str. 24 haben keine Höhe mehr.